

**PRESSEMITTEILUNG**PRESSESPRECHER  
**Torsten Haase**

Landeshaus, 24100 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Hochschulpolitik

**Jost de Jager:****Staatsvertrag für Spitzenforschung im Norden**

Einen Staatsvertrag zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein zur Bündelung der Forschungsaktivitäten und zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen beider Länder hat der hochschulpolitische Sprecher und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Jost de Jager, gefordert. Der Norden werde den internationalen Wettbewerb in der Wissenschaft nicht als einzelner Stadt-Standort, sondern nur als gemeinsame Forschungsregion bestehen. De Jager forderte Ministerpräsidentin Simonis auf, Verhandlungen mit Hamburg über einen Staatsvertrag für eine gemeinsame Wissenschaftsregion vorzubereiten.

Es liege nicht im schleswig-holsteinischen Interesse, eine vom Bund finanzierte Elitehochschule in Hamburg vor die Nase gesetzt zu bekommen. Anstatt sich von der Bundesregierung eine neue angebliche Elite-Universität überstülpen zu lassen, sollten nach den Worten de Jagers Schleswig-Holstein und Hamburg gemeinsam eigene bestehende Ansätze von Spitzenforschung ausbauen und ihre Forschungslandschaft und Hochschulstandorte weiterentwickeln. Spitzenforschung braucht Spitzenfinanzierung und die braucht eine Bündelung der Kräfte.

Ein solcher Staatsvertrag könnte eine Ressourcenbündelung beider Länder für Forschung und Lehre auf internationalem Niveau beinhalten, gemeinsame Standorte für bestimmte Forschungsfelder festlegen und eine abgestimmte Profilbildung vorsehen. Schleswig-Holstein könnte dabei seine Sonderforschungsbereiche, Blaue-Liste-Institute und vorhandene Schwerpunkte einbringen.

Er freue sich, dass die SPD beim Thema Elitenförderung im Begriff sei, Erkenntnisdefizite zu überwinden. Dies sei bisher allerdings nur bruchstückhaft gelungen. Denn zur Elitenbildung im Hochschulbereich gehören solche Wettbewerbsfaktoren wie stärkere Eigenverantwortung, Selbstauswahl der Studierenden und neue Wege der Studienfinanzierung, zum Beispiel durch Studiengebühren. Solange die SPD diese Themen ausblende, werde das nichts mit der Elitenbildung, so de Jager. Elitehochschulen lassen sich nicht verordnen, sie entwickeln sich dort, wo anerkannte vorhandene Forschungsarbeit auf richtige Rahmenbedingungen trifft. Das kann an ganz unterschiedlichen Standorten sein.